

Forum Die Nato und die Schweiz

Eine unnötige Nato-Debatte

FDP-Parteipräsident Thierry Burkart fordert, die Schweiz solle die Zusammenarbeit mit der Nato verstärken. Doch die neutrale Schweiz gehört nicht in die äussere Umlaufbahn eines militärischen Bündnisses.

Von Paul Widmer*

Die Schweiz verdankt der Nato, sprich den USA, viel, namentlich den atomaren Schutzschirm. Doch deswegen sind wir nicht Trittbrettfahrer. Unseren Beitrag haben wir geliefert, als wir dem Drängen der Atomkräfte nachgaben und den Atomsperrvertrag ratifizierten. Damit halfen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, die nukleare Kriegsgefahr zu reduzieren. Das ist keine Kleinigkeit. Die Schweiz wäre durchaus in der Lage gewesen, eigene taktische Nuklearwaffen herzustellen. Zudem hielten die Atomwaffenbesitzer ihr im Atomsperrvertrag abgegebenes Versprechen, sich für die vollständige Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen, bis heute nicht ein.

Die Nato macht derzeit einen besseren Eindruck als auch schon. Die meisten Mitglieder schicken sich an, das Verteidigungsbudget zu erhöhen. Das ist erfreulich. Aber es ist nicht mehr als eine Momentaufnahme. Bevorwirschwierigende Korrekturen an unserer Neutralität vornehmen, sollten wir schauen, ob der neue Trend anhält. Das ist alles andere als gewiss. Man erinnere sich: Noch vor Kurzem war der Zustand der Nato besorgniserregend. Ein amerikanischer Präsident bezeichnete sie als obsolet, der französische Präsident als hirntot, und der türkische Präsident unternahm (und unternimmt) alles, um diesen Eindruck zu rechtfertigen. Zudem war der Nato-Eingriff in Afghanistan nicht von der Art, dass ein neutraler Staat die Kooperation unbedingt suchen müsste.

Die Schweiz braucht eine durchdachte, langfristige Politik. Sie darf sich nicht aufgrund einer momentanen Verbesserung in die äussere Umlaufbahn eines militärischen Bündnisses begeben. Gewiss, die Schweiz vertrat immer die Ansicht, es sei an ihr selbst zu bestimmen, welche Neutralitätspolitischen Bedingungen sie zu erfüllen habe. Doch das ist nur die eine Hälfte der Gleichung. Die andere besteht darin, dass die kriegführenden Parteien unsere Neutralität auch als glaubwürdig erachten



müssen. Haben sie kein Vertrauen, ist unsere selbst gebastelte Auslegeordnung nichts als eine Illusion. Vertrauen freilich erwirkt man nur mit einer konstanten Politik. Gedankenspiele über eine Annäherung an die Nato gehören nicht dazu.

Thierry Burkart hat eine Debatte losgetreten, die meines Erachtens mehr schadet als nützt. Er unternahm einen verdienstvollen Vorstoss, um den Kauf von 36 F-35-Kampffjets voranzutreiben. Aber indem er dieses Geschäft mit einer intensivierten Zusammenarbeit mit der Nato verknüpfte, hat er die Sache falsch angepackt. Statt die bürgerliche Zusammenarbeit zu festigen,

«Haben sie kein Vertrauen, ist unsere selbst gebastelte Auslegeordnung nichts als eine Illusion.»

hat er diese geschwächt und eine Debatte ausgelöst, welche linke Armeegegnern noch so gern zur Verwässerung der Beschaffungsvorlage ausnützen. Zudem hat er die jüngste Verwirrung um die Schweizer Neutralität noch angefeuert. Wenn die «New York Times» die schlechte Kommunikation des Bundesrates im Ukrainekrieg schon als Ende der Schweizer Neutralität interpretiert, was sollte sie dann von Burkarts Nato-Romanze halten?

* Paul Widmer ist langjähriger Diplomat und Dozent für internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen.

Kommentar

Security am Lindli: Der Nutzen muss sich erst erweisen

Jetzt ist klar, wie der Stadtrat die Nachtruhe am Lindli durchsetzen will. Während den Sommermonaten soll jeweils an den Wochenenden ein privater Sicherheitsdienst bis in die frühen Morgenstunden patrouillieren. Die Sicherheitsleute sollen zu zweit unterwegs sein, um mit den Feiernden vor Ort das Gespräch zu suchen und das Bewusstsein für die Verhaltensregeln im öffentlichen Raum zu schärfen.



Andreas Kurz
Stadttredaktor

andreas.kurz@shn.ch

«Die Regeln scheinen den Jugendlichen ganz offensichtlich egal zu sein.»

Ob zwei Security-Mitarbeiter ausreichen, um die teils mehreren Hundert feiernden Jugendlichen im Zaum zu halten, darf allerdings bezweifelt werden. Bei steigendem Alkoholpegel und in der Anonymität der Masse kann sich schnell eine explosive Dynamik entwickeln. Mit blossen Worten dürfte die Situation dann kaum mehr zu kontrollieren sein. Kommt hinzu, dass den Jugendlichen die Verhaltensregeln im öffentlichen Raum wohl durchaus bekannt sind. Nicht zuletzt durch die Plakatkampagne, welche die Stadt im Vorjahr eigens dafür lanciert hatte. Die Regeln scheinen den Jugendlichen aber ganz offensichtlich egal zu sein. Ob sie irgendwelche Anweisungen von Sicherheitsleuten respektieren, ist daher fraglich. Schliesslich können diese weder Verbote noch Bussen aussprechen, da sie keine polizeilichen Befugnisse haben. Im besten Fall könnte aber ein anderer Umstand für eine Entspannung der Situation am Lindli sorgen: Wenn sich die Jugendlichen nach zwei Jahren Pandemie die Nächte wieder vermehrt in Bars, Clubs oder an Festivals um die Ohren schlagen.

Leserbriefe

Wo bleibt die Eigenverantwortung?

Zu «Stadt lässt am Lindli einen Ordnungsdienst patrouillieren», SN vom 14. April

In der SN vom 14.4.2022 konnte jeder Leser entnehmen, dass nun zwischen 21.00 Uhr und 04.00 Uhr am Lindli Patrouillen eingesetzt werden, um dem Lärm und dem Abfallthema entgegenzuwirken. Grundsätzlich habe ich grosses Verständnis für die Anliegen der Anwohner, welche dieser «Sauerei» ausgeliefert und ausgesetzt sind. Weiter finde ich es sehr schön, dass am Lindli und allgemein in der Stadt wieder Leben stattfindet. Nach Corona ist dies erfrischend und auch erstrebens- und wünschenswert. Zu kritisieren ist als Schreibender in der Regel ja einfach, lässt es einem doch, seinen Gedanken freien Lauf zu lassen. Darum frage ich mich, wie und mit welchem Geld diese Patrouillen finanziert werden? Davon ausgehend, dass dies mit Steuergeldern finanziert werden wird, finde ich dies einfach nicht korrekt. Wo bleibt die Eigenverantwortung in dieser Sache? Verursacher von solchen gravierenden Verstössen gehören zur Verantwortung gezogen. Es kann doch nicht sein, dass alle an diesem finanziellen Aufwand in Form von Steuergeldern teilhaben müssen. Alle reden vom Umweltschutz und vom Klima, sind wir nun so weit, dass dies nur leere Worte sind und die

Taten bleiben aus? Sind diese Patrouillen wirklich die Lösung? Dies kann ich mir nicht vorstellen. Überall stehen geeignete Abfalleimer und Behältnisse bereit, aber leider bringen es viele nicht fertig, diese korrekt zu nutzen, im Gegenteil, jetzt benötigen wir sogar Einsatzkräfte, welche einen dazu ermuntern müssen, seinen Müll korrekt zu entsorgen. Schade, dass die Eigenverantwortung nicht wahrgenommen wird und dadurch weitere unnötige Kosten verursacht werden.

Marcel Stettler
Löhringen

Aus dem Dornröschenschlaf!

Zu «Sind Fahrradfahrer die privilegierten Verkehrsteilnehmer?», SN vom 31. März

Mit Interesse habe ich den Leserbrief gelesen. Die darin beschriebenen Beobachtungen sind typisch für die positiven Veränderungen, welche im Strassenverkehr (gestützt auf breite Volksmehrheiten) in den letzten Jahren eingeläutet wurden. Nachdem das Velo während Jahrzehnten von unseren Strassen und Wegen praktisch verbannt war, taucht es in jüngerer Zeit aus dem Dornröschenschlaf auf. Viele kluge Menschen realisieren, dass das Velo (auch das E-Velo und E-Trottinett) das Verkehrsmittel der Zukunft für

Kurzstrecken ist. Viel zu lange wurde dem Götzen Auto wertvolles Land geopfert und alles untergeordnet. Die neue Zeit nun verlangt halt von manchem Menschen einiges an geistiger Flexibilität ab. Wir werden uns an die Allgegenwart von Velos, E-Trottis, Scatern, Seniorenfahrzeugen und schnellen Rollstühlen gewöhnen müssen. Während ein Auto – abgesehen von seiner nicht gerade positiven Umweltbilanz – auch eine tödliche Waffe sein kann und sich daher strikt an die Verkehrsregeln zu halten hat, ist ein Velo eigentlich bloss ein – je nachdem – sehr zügiger Fussgänger, der vernunftgesteuert halt auch mal bei Rot über die Strasse flitzt, wenn weit und breit nichts zu sehen ist. Und das ist tatsächlich eines der Privilegien, die Velofahrer und natürlich auch Fussgänger haben. Werden auch Sie zum Privilegierten und lassen Sie Ihr Auto zu Hause! Es ist gut für den Planeten und macht Freude!

Stefan Marti
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Pressestimmen Konflikt auf dem Tempelberg

Neue Zürcher Zeitung

Die Zusammenstösse am Ostersonntag begannen, nachdem die Zugänge zum Tempelberg für Muslime abgeriegelt und die Gläubigen, die noch in einer der Moscheen waren, am Verlassen des Gotteshauses gehindert worden waren. Andere sperrten sich in der grössten Moschee ein. Mit Schlagstöcken gingen Polizisten gegen jene vor, die sich noch auf dem Platz befanden, in der Altstadt setzten sie auch Blindgranaten gegen jene ein, die sich Zugang zum Haram al-Sharif verschaffen wollten. Mindestens 17 Personen wurden verletzt. (Neue Zürcher Zeitung)

THE JORDAN TIMES

Jordanien setzt sich in allen Bereichen für die Aufrechterhaltung der Stabilität ein und drängt auf eine politische Lösung. Für alle Partner und Friedensfreunde ist es von grösster Bedeutung, ein günstiges Klima für die Umsetzung der Zweistaatenlösung zu fördern und alle Verfahren zu stoppen, die diesen Weg untergraben. Da ein annehmbarer Ausweg aus der Krise im Nahen Osten derzeit nicht in Reichweite ist, setzt Jordanien seine Bemühungen für eine Zweistaatenlösung fort. (The Jordan Times)

derStandard

Unabhängig davon, was die Fakten sind und wohin die Analyse führt: In den sozialen Medien findet ein Krieg der Bilder statt. Dann wird es egal sein, wie die israelische Führung ihren Einsatz am Tempelberg begründet. Die Bilder vom Rauch in der Moschee, den in Panik flüchtenden Gläubigen im Gebetsraum schockieren auch jene, die nicht mit der Hamas sympathisieren. Diese spielt sich als Schutzmacht auf: Der israelische Besatzer greift unter Heiligtum an, lautet die Botschaft. Sie verknüpft das mit dem Aufruf, die Moschee zu verteidigen. (Der Standard)

Jyllands-Posten

Israel wird erneut von einer Terrorwelle überrollt. Insgesamt wurden mindestens 13 Israelis bei Angriffen in mehreren grossen Städten getötet, noch viel mehr wurden verletzt. Ziel war es, so viele Menschen wie möglich zu treffen. Die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah haben die Taten wie üblich begrüsst, und die Mörder wurden in den sozialen Medien als Märtyrer gefeiert. Aber diesmal läuft die Terrorwelle eher unter dem Radar, weil sich die Aufmerksamkeit auf den Krieg in der Ukraine konzentriert. (Jyllands-Posten)